

Leiter*innen-ZAG der APS Wien

Wien, am 14.4.2023

Offener Brief aller Pflichtschulleiter*innen Wiens!

Sehr geehrter Herr Bundesminister!
Sehr geehrter Herr Bürgermeister!
Sehr geehrter Herr Bildungsstadtrat!
Sehr geehrter Herr Bildungsdirektor!
Sehr geehrte Leiterin des Pädagogischen Bereiches!
Sehr geehrter Leiter der Präsidiale!

Wir haben in den letzten Jahren sehr viele Gespräche über zusätzliche Aufgabenbereiche, Herausforderungen, Arbeitsaufträge, Arbeitsbedingungen, Wision, Schülerstromlenkung, mangelnde Planungssicherheit und viele weitere Problemfelder an den Wiener Pflichtschulen mit verschiedensten Verantwortungsträgern geführt. Diese Gespräche waren zwar von Verständnis und Wertschätzung geprägt, brachten aber nur in den seltensten Fällen Erleichterung oder eine Lösung der Probleme. Im Gegenteil, es kamen immer mehr Aufgaben und Erschwernisse hinzu.

Die Dichte der Neuerungen, die Zeitabläufe und die Art und Weise wie mit dem Bildungspersonal kommuniziert/nicht kommuniziert wird ist neu und besorgniserregend zugleich. Dies wirkt sich mittlerweile auch oftmals auf die Gesundheit der Leiter*innen und Lehrer*innen aus und beeinträchtigt sowohl die Bildungsqualität als auch die Bildungswege der Schüler*innen.

Viele Direktor*innen überlegen bereits wieder in die Klasse „zurückzugehen“ oder diesem Dauerstress und der permanenten Überbelastung durch schnellstmögliche Pensionierung zu „entfliehen“.

In der letzten Sitzung der Leiter*innen-ZAG der Allgemeinbildenden Pflichtschulen Wiens wurde einstimmig der Beschluss eines offenen Briefes und weiteren Maßnahmen gefasst. Stellvertretend für nahezu 500 Pflichtschulstandorte möchten wir festhalten:

Es reicht - so kann es im Interesse unserer Kinder nicht weitergehen!!!

Das System Schule im Wiener Pflichtschulbereich ist momentan derart mit sich selbst beschäftigt, dass es sich nicht um diejenigen kümmern kann, für die es eigentlich da sein sollte!!!

Die zahlreichen Verwaltungsreformen, die Implementierung neuer Programme/Verwaltungsportale und die überbordende Bürokratie ohne Mehrwert für die Schulen und Schüler*innen hat Ausmaße erreicht, die nicht mehr bewältigbar sind und den Bildungserfolg der Kinder gefährden.

Abgesehen von den vielen zusätzlichen Aufgaben sowie den unzähligen Veränderungen und verwaltungstechnischen Neuerungen ohne praktikabler Zeitleiste und ausreichender Vorlaufzeit stehen wir in der Großstadt Wien noch vor folgenden zusätzlichen Herausforderungen:

- Personalmangel in allen Ebenen (Lehrer*innen, Freizeitpädagog*innen, Verwaltungspersonal in der Bildungsdirektion, ...)
- Eklatante Zunahme von Kindern mit sozialen, emotionalen und sprachlichen Entwicklungsdefiziten
- Besonders viele Schüler*innen mit nichtdeutscher Muttersprache (Alltagssprache) oder schulische Quereinsteiger*innen
- Zunehmende Anzahl an Schüler*innen, die Bedarf an außerfamiliärer und/oder therapeutischer Betreuung haben (Kinder- und Jugendhilfe und/oder anderen Institutionen)
- Verrohung des Alltags vieler Kinder (Gewalterlebnisse, Internet, ...)

→ und dies alles in übervollen Klassen!!!

Damit Schule wieder ihre Aufgaben zum Wohle und der Stabilität der Gesellschaft und der Schüler*innen erfüllen kann, stellen wir folgende Forderungen:

Administrative Maßnahmen:

- Abschläge für Leiter*innen-Vertretung und QMS-Koordinator*innen (Etablierung eines mittleren Managements)
- Administrator*innen wie an den Bundesschulen (Erhöhung des Kontingents um Administrator*innen-Stunden)
- Sekretariatskraft 5 Tage vormittags an allen Standorten, zusätzlich auch nachmittags an größeren/ganztägigen Standorten
- Externe Schulungen für administratives Personal (nicht durch die Schulleitung)
- Externe Administrationsschulungen auch für Lehrer*innen (Wision, Service-Portal-Bund)
- Eindeutig definierte Ansprechpartner*innen sowohl in der Bildungsdirektion als auch im Ministerium für Schulleiter*innen
- Schuljahreskalender mit zu erwartenden Arbeiten/Fortbildungen/Neuerungen mit sinnvollen und praxistauglichen Fristen (keine Veränderungen während des Schuljahres)

Professioneller Support in vielen Bereichen:

- Schulärzte/Schulärztinnen/Schoolnurses an jedem Standort in ausreichendem Ausmaß
- Beratungslehrer*innen und Schulpsychagog*innen an jedem Standort
- Schulsozialarbeiter*innen an jedem Standort
- Schulpsycholog*innen in ausreichendem Ausmaß

Pädagogische Maßnahmen:

- Ausreichend Schulplätze für Kinder mit sonderpädagogischem Förderbedarf (nach Bedarf und nicht nach vorgeschriebenen Prozentsätzen/Deckelung)
- Klassenschüler*innenhöchstzahlen in I-Klassen (Doppelzählung bei SPF wie bis 2019 gesetzlich verankert)
- Wiedereinführung der Schüler*innenhöchstzahl von 25
- Ausreichend Schulplätze für Kinder mit sozialen und emotionalen Nöten

Wir fordern deswegen eine Bekanntgabe eines Termins für einen runden Tisch mit Vertreter*innen des BMBWF und der Bildungsdirektion Wien im Beisein des Zentralaussschusses und der Leiter*innen-ZAG der Pflichtschullehrer*innen Wiens zur Umsetzung obiger notwendiger Forderungen.

**Auch Lehrer*innen und Leiter*innen haben das Recht auf Gesundheit und sinnvoller/bewältigbarer/planbarer Vorgaben zum Wohle der uns anvertrauten Schüler*innen!
Alle Schüler*innen wiederum haben das Recht auf bestmögliche Bildung und Förderung!**

Weitere Maßnahmen im Sinne der uns anvertrauten Schüler*innen und der pädagogischen Qualität der Schulen behalten wir uns vor.

Karin Spahn und Herbert Nemetz
Vorsitzende der Leiter*innen-ZAG
der APS Wien
stellvertretend für
die Pflichtschulleiter*innen Wiens

P.S.: Dieses Schreiben ergeht auch an diverse Medien!